

Betrachtungen über das Demokratische Leben in der welschen Schweiz

Autor(en): **Reverdin, Olivier**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **37 (1957-1958)**

Heft 2: **Gegenwartsprobleme der Demokratie**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BETRACHTUNGEN ÜBER DAS DEMOKRATISCHE LEBEN IN DER WELSCHEN SCHWEIZ

VON OLIVIER REVERDIN

Diesseits und jenseits der Saane vergleicht man Deutschschweizer und Welschschweizer gerne miteinander. Ein solcher Vergleich birgt keine Gefahr, solange man nur die Absicht hat, einander besser zu verstehen, sich durch die Gegenüberstellung zu charakterisieren, und all das zu würdigen, was jeder Teil dem Leben der Eidgenossenschaft an Originellem hinzugefügt hat. Ist man aber in erster Linie darauf bedacht, Werturteile zu fällen oder gar den andern Teil verächtlich zu machen, wie dies nur zu oft der Fall ist, so leistet man dem Land einen schlechten Dienst. Leicht werden Selbstgefälligkeit und Empfindlichkeiten erregt. Fällt man ohne Notwendigkeit über einen andern ein Urteil, so läuft man Gefahr, ihn zu verstimmen. Will man aber sich selbst beurteilen, so kommt man in Versuchung, selbstzufrieden zu sein.

Ich habe mich deshalb bemüht, in den nachfolgenden Ausführungen Werturteile zu vermeiden. Ich erinnerte mich einer persönlichen Erfahrung, die ich hier zur Einleitung wiedergeben möchte.

Als Student in Genf gab ich mir ehrliche Mühe, mich mit meinen zahlreichen deutschschweizerischen Kameraden, die der gleichen Gesellschaft angehörten oder dieselben Vorlesungen besuchten wie ich, nach bestem Vermögen abzugeben. Ich sah darin jedoch vor allem eine Pflicht. Die Deutschschweizer schienen mir sehr verschieden von mir zu sein, während ich mich den jungen Franzosen, die, einer fast vierhundertjährigen Tradition folgend, zum Theologiestudium nach Genf kamen, nahe verwandt fühlte und mit ihnen leicht Kontakt fand. Es gab zwischen mir und ihnen weder die Schranke der Sprache noch die Verschiedenheit der Empfindungen.

Später, als ich meine Studien im Ausland fortsetzte und einige Jahre in verschiedenen Ländern lebte, erkannte ich meinen Irrtum. In der Schweiz empfinden wir vor allem das, was uns unterscheidet und trennt; im Ausland aber kommt uns, wenn wir mit Schweizern zusammentreffen, mehr das Gemeinsame zum Bewußtsein. Ich entdeckte, daß jener Zürcher, jener Basler, jener Luzerner, die mir in Genf so andersartig zu sein schienen, mir in Wirklichkeit enorm gleichen.

Sind wir nicht alle Bürger von Republiken, denen eine menschliche Größe eigen ist? Haben wir nicht alle, was ich nennen möchte: die gleiche «staatsbürgerliche Dimension», die gleichen politischen Probleme, den gleichen Sinn für soziale Verantwortung, den gleichen Wunsch, aktiv

am Leben der Kantone, dieser kleinen Staaten, und unserer Stadtstaaten im antiken Sinne, teilzunehmen, deren Bürger zu sein im Jahrhundert der Masse und des Totalitarismus unser unermeßliches Privileg ist?

Die «staatsbürgerliche Dimension» ist es, was uns Schweizern der deutschen, der französischen und der italienischen Sprache wesentlich gemeinsam ist. Daher ist es auch so notwendig, daß wir uns ganz besonders anstrengen, die kleinen Verschiedenheiten, welche unsere mannigfaltigen Gefühle und Temperamente dem grundsätzlich gleichen Bürgersinn aufgeprägt haben, verstehen und schätzen zu lernen.

Vielfalt der westschweizerischen Traditionen

Die westschweizerischen Kantone haben sehr verschiedenartige Traditionen. Freiburg entwickelte sich in ähnlicher Weise wie die anderen Stadtstaaten der alten Eidgenossenschaft. Es war während langer Zeit eine aristokratische und später eine oligarchische Republik. Genf war ein Staat des gleichen Typus, obschon das Volk dort rühriger war, zweifellos weil es besser unterrichtet war, und weil durch die Reformation ein kritischer Geist in ihm Wurzel gefaßt hatte, welcher dem hierarchischen Aufbau natürlicherweise entgegengesetzt war. Genf stand daher in ununterbrochener Rebellion gegen die Ansprüche seiner patrizischen Familien. Revolutionen, Tumulte und Meutereien folgten sich während des ganzen 18. Jahrhunderts. In der gleichen Epoche ertrugen die Waadtländer ohne allzu großen Widerspruch die bernische Herrschaft und blieben dem Aufruf des Majors Davel gegenüber taub. In Neuenburg ließ sich die Aristokratie ihren fern lebenden Fürsten gerne gefallen, der großzügig Adelstitel verteilte; und das weise regierte Volk war nicht darauf bedacht, gegen die bestehende Ordnung zu rebellieren. Die Bewohner des französischsprachigen Wallis unterwarfen sich ohne Freude der schweren Vormundschaft und den politischen Institutionen, welche die großen Familien des Oberwallis durch das Episkopat über sie ausübten. Den Jurassiern gestattete die patriarchalische und ziemlich gutmütige Herrschaft der Fürstbischöfe, in der Ruhe zu leben und eine weitgehende Autonomie zu genießen.

Es ist also Genf, wo das Volk, fortgerissen durch einen Teil der intellektuellen Elite, mit der größten Leidenschaft dafür kämpfte, in vollem Umfang die Souveränität zu erlangen, die ihm seine Institutionen bereits übertrugen und welcher der Conseil Général am 21. Mai 1536 eine einzigartige Demonstration erlaubt hatte. Die republikanische und demokratische Tradition hatte in Genf ihre Helden (wie besonders Pierre Fatio), ihre Propheten (wie Rousseau auf seine Weise) und ihre Theoretiker. Als sie 1794 triumphierte, hatte sie auch ihre Opfer: die an der «montagne de plomb» füsilierten Patrizier. Es ist diese Tradition, in der die genfe-

rische Revolution von 1846 ihren geistigen Elan und ihre unwiderstehliche Kraft schöpfte. Und es ist sie, von der die genferische Demokratie lebt, obwohl ihre Leidenschaften sich heute zu beruhigen scheinen, zweifellos infolge des Zustroms aus den anderen Kantonen, durch welchen die «alten Genfer» in ihrer eigenen Heimat zur Minderheit geworden sind.

In den anderen westschweizerischen Kantonen gingen den demokratischen Erfolgen ebenfalls teilweise erbitterte Kämpfe voraus. Sie waren jedoch weniger hart und vor allem weniger lang als in Genf. Das politische Gleichgewicht ließ sich dort leichter aufrechterhalten, größtenteils deshalb, weil diese Kantone ein relativ ausgedehntes Territorium sowie eine bedeutende bäuerliche Bevölkerung hatten, wogegen Genf als Stadtstaat auf sich selbst konzentriert war.

Die liberale Tradition der Westschweiz

Diese kurzen historischen Betrachtungen mögen in Erinnerung rufen, daß die Westschweiz viel mannigfaltiger ist als man sich vorstellt, wenn man sie aus der Distanz und nur oberflächlich betrachtet. (Man kann übrigens dasselbe auch von der deutschen Schweiz sagen.) Überdies hat die Westschweiz auch keine Metropole, die sich mit Zürich vergleichen ließe. Genf liegt zu exzentrisch, Lausanne ist allzu typisch waadtländisch. Die fünf westschweizerischen Kantone haben, jeder für sich, ein in sich geschlossenes Leben. Besitzen nicht vier von ihnen Universitäten? Haben nicht das Wallis und Freiburg jedes seinen eigenen Bischof und jeder der drei protestantischen Kantone seine eigene Kirchenorganisation?

Auf der Ebene des politischen Lebens und der demokratischen Auffassungen gibt es mehr als bloße Nuancen zwischen Freiburg und Wallis einerseits, zwei sprachlich gemischten, katholischen Kantonen, die dem Sonderbund angehörten, und Waadt, Neuenburg und Genf andererseits. Diese drei reformierten Kantone haben unbestreitbar gewisse Verwandtschaften in den Gefühlen wie in der Moral und der Politik. Dies ist vor allem der gemeinsamen religiösen Tradition seit dem 16. Jahrhundert zuzuschreiben, dann aber auch den intellektuellen und religiösen Ausstrahlungen der Schule von protestantischen und liberalen Denkern, deren berühmtester Vertreter Vinet war. Diese Schule fand namentlich in der «Revue de théologie et de philosophie» ihren Ausdruck. Sie drückt auch heute noch dem Leben der welschen Schweiz ihren Stempel auf.

Eines der Merkmale dieser Schule und der Menschen, die durch sie direkt oder indirekt beeinflußt wurden, ist, auf der Ebene der Politik, ein Liberalismus, der ausgesprochen zur Toleranz neigt. Schon Vinet verurteilte das Jesuitenverbot. Die konfessionellen Beziehungen in der Westschweiz sind auch viel entspannter als in der deutschen Schweiz. Die Parteikämpfe erreichen nie den Charakter einer beinahe existen-

tiellen Auseinandersetzung, den sie noch in manchen Kantonen der Innerschweiz und der Ostschweiz haben.

Ein aufschlußreiches Beispiel aus jüngster Zeit zeigt, wie sehr die Temperamente in dieser Hinsicht diesseits und jenseits der Saane verschieden sind. In der deutschen Schweiz hat man im allgemeinen die Aufforderung des Vorstandes des Schweizerischen Schriftstellervereins an Prof. André Bonnard von Lausanne begrüßt. Die westschweizerische Intelligenz dagegen hat es fast einhellig als unangänglich empfunden, in dieser Weise einen Schriftsteller aufzufordern, eine öffentliche Erklärung über die Ereignisse in Ungarn abzugeben. Sie hat keine Mühe, die Haltung Bonnards zu tolerieren, obschon sie ihr nicht zustimmt. Mehr als eine Stimme hat sich in der deutschen Schweiz erhoben, die diese Toleranz als Schwäche und Selbstaufgabe bezeichnete. Die welschen Intellektuellen sehen darin eher ein Zeichen der Stärke und des kalten Blutes.

Ein weiterer grundlegender Aspekt der politischen Tradition der Westschweiz ist der Individualismus. Er zeigt sich sehr oft in einer lebhaften Abneigung, sich an eine Partei zu binden. «Je refuse de me laisser embrigader» oder «je mets mon honneur à n'être inféodé à aucun parti» sind die Phrasen, die man laufend hört.

Ein anderes Zeichen dieses Individualismus ist die immer wieder vorgebrachte Forderung eines besseren Rechtsschutzes des Bürgers gegen die staatliche Willkür. Diese Forderung wird freilich nicht nur von den Welschen erhoben, aber diese stellen sie mit einer besonderen Hartnäckigkeit und Vehemenz auf, wobei sie sich nicht darauf beschränken zu verlangen, daß man vermehrte Rechtsmittel schaffe, sondern auch fordern, daß das Volk eine umfassende Kontrolle über die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt erhalte. Es ist kein Zufall, daß die Bewegung für die Rückkehr zur direkten Demokratie, welche zur Annahme des Art. 89 bis der Bundesverfassung führte (Beschränkung der Anwendung der Dringlichkeitsklausel), von den welschen Kantonen ausgegangen ist. Entspricht diese Bewegung nicht tatsächlich der gegenüber dem Staat und den Staatsorganen sehr reservierten Haltung, die eines der Kennzeichen des Individualismus ist?

Nur nebenbei sei bemerkt (ein Verweilen würde zu weit führen), daß dieser Individualismus nicht nur negativ ist. Er schließt den staatsbürgerlichen Eifer und die den öffentlichen Gewalten frei gewährte Unterstützung nicht aus, im Gegenteil. Wenn man von gewissen extremen und im allgemeinen nebensächlichen Kundgebungen absieht, so kann man, glaube ich, sogar sagen, daß in der welschen Schweiz die politische Kritik selten so massiv und so heftig ist wie in der deutschen Schweiz. Es wäre schwer, ein Gegenstück zu finden zu den Angriffen, die mitten im Krieg gegen Herrn Pilet-Golaz gerichtet wurden, oder zu der Polemik, welche die «Eingabe der Zweihundert» im Jahre 1946 ausgelöst hat, oder zu den Kampagnen über Rheinau und über das Fernsehen; ebensowenig

besteht ein Gegenbeispiel zu einer so leidenschaftlichen Opposition wie derjenigen von Herrn Duttweiler.

Die welsche Schweiz und Bern

Die Welschschweizer sind sich ihrer Lage als Minderheit bewußt. Sie passen sich ihr an, aber sie leiden darunter. Sie leiden vor allem deshalb darunter, weil sie sehen, daß sich diese Lage unerbittlich verschlimmert. Die Kompetenzen des Bundes wachsen an. In Bern hat sich allmählich eine gewaltige bürokratische Macht gebildet. Diese Macht wird nun aber in den höheren Rängen in nahezu neun von zehn Fällen von Deutschschweizern ausgeübt. Die eidgenössischen Bureaux denken auf deutsch, redigieren auf deutsch (und bemühen sich, ins Französische zu übersetzen, was oft unübersetzbar ist). Sie haben, wenn man so sagen darf, alemannische Empfindungen. Dies ist kein Fehler, aber eine Verschiedenheit.

Die Welschschweizer befinden sich auf diese Weise dauernd im Streit mit den Organen eines Staates, der zweifellos der ihre ist, aber von einem Geist beherrscht wird, der nicht der ihre ist. Dies ist zwar noch nichts Schlimmes, bringt aber doch einige Unstimmigkeiten, was erklärt, daß auf gefühlsmäßiger Ebene «Bern» nicht besonders populär ist, daß man sich darüber lustig macht, und daß man versucht, nicht allzu oft daran zu denken.

Daraus erklärt sich das relativ geringe Interesse der Welschschweizer für die Angelegenheiten des Bundes. An Abstimmungen beteiligen sie sich schwach. Ihre Beteiligung ist fast immer unter dem schweizerischen Durchschnitt. In den Zeitungen ist die Korrespondenz aus Bern eine der am wenigsten gelesenen Rubriken.

Trotzdem hat sich die welsche Schweiz, wie der Tessin, seit dem Krieg ziemlich regierungstreu gezeigt. Sie hat verschiedene mehr oder weniger etatistische Vorlagen, die in der deutschen Schweiz, namentlich in der Ostschweiz, mit starken Mehrheiten verworfen wurden, angenommen oder nur knapp abgelehnt: z. B. die Wirtschaftsartikel, das Landwirtschaftsgesetz, den Bundesbeschluß über die Förderung der Wohnbautätigkeit, das Hotelstatut, das Tabakstatut und schließlich die Vorlage über das Fernsehen.

Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Wie läßt es sich mit den Traditionen der föderalistischen Opposition, welche vor kurzem erst die französische Schweiz zu massiver Stimmabgabe gegen die zentralistischen Projekte veranlaßt haben, vereinbaren? Wie kann es mit der reservierten Haltung der öffentlichen Meinung des Welschlandes gegenüber Bern in Einklang gebracht werden?

Die Ursache liegt, glaube ich, gerade in dem Gefühl, Minderheit zu

sein. Instinktiv stellen sich die Welschen unter den Schutz des Zentralstaates, von dem sie wissen, daß er in stärkerem Maße dafür besorgt ist, ihre legitimen Interessen zu schützen, als es die überall eindringenden wirtschaftlichen Gewalten — die wirtschaftlichen und beruflichen Gesellschaften und Verbände, die Banken, die Versicherungsgesellschaften und die großen Industrieunternehmungen — sind, deren Einfluß oft so übermäßig ist und deren Sitze sich gewöhnlich in Zürich oder anderswo in der deutschen Schweiz befinden.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß sich die Kommandohebel der schweizerischen Wirtschaft zum größten Teil in Zürich befinden, teilweise auch in Basel und Bern, und daß sie fast ausschließlich von Deutschschweizern bedient werden. Die welsche Schweiz hat, zu einem sehr großen Teil durch eigene Fehler, an Boden verloren. Aus diesem Grunde kommt sie dazu, etatistische und zentralistische Lösungen den liberalen Lösungen vorzuziehen, da jene vom Bund, also von Bern abhängen, und da die welsche Schweiz über deren Anwendung eine gewisse Kontrolle ausüben kann dank dem Umstand, daß sie in den Bundesbehörden besser vertreten ist.

So erklärt sich nach meinem Dafürhalten die scheinbar paradoxe Haltung der Westschweiz, welche auf der Ebene der politischen und gefühlsmäßigen Traditionen gegen Bern opponiert und heute dennoch dazu neigt, sich in bezug auf die Wirtschaft, die sozialen Institutionen und seltsamerweise sogar die kulturellen Belange (Abstimmung über Fernsehen) unter den Schutz des Bundes zu stellen.

Französische Einflüsse und antidemokratische Kritik

In Frankreich, wo die Volkssouveränität relativ neu ist, wo die Republik nie einhellig akzeptiert wurde und wo ein Teil der Bevölkerung (derjenige der überseeischen Territorien und Protektorate) immer in untergeordneter Stellung blieb, ist die Demokratie Gegenstand einer unaufhörlichen Kritik gewesen. Die Ohnmacht des Parlamentes, die Unstabilität der Regierung, die Entfaltung der Bürokratie haben diese Kritik genährt und haben ihr einen Teil ihrer Argumente geliefert. Royalistisches Heimweh bestimmte das gefühlsmäßige Klima. In ihrem Grundsatz stützt sich diese Kritik auf das monarchische Ideal und auf die Auffassungen der Autorität und der Hierarchie, welche die Kirche von Rom so tief in die Seele jener Völker hineinverwurzelt hat, welche ihr im 16. Jahrhundert treu blieben.

Diese Kritik, der die Action Française und die Schule von Maurras so viel doktrinäres Gift und intellektuellen Glanz gegeben haben, konnte ihren Einfluß auf die welsche Schweiz nicht verfehlen. In den dreißiger Jahren zog Maurras, der wegen seiner schlechten Stimme ein erbärm-

licher Redner war, beträchtliche Zuhörerschaften an. Besonders im Waadtland und in Neuenburg hatte er zahlreiche und eifrige Schüler. Gonzague de Reynold suchte in der Geschichte seiner freiburgischen Heimat und in derjenigen der Schweiz die Quellen einer aristokratischen Tradition, die er neu zu beleben hoffte.

Diese Bewegung darf nicht mit derjenigen verwechselt werden, die ihre Ideen im faschistischen Italien holte und sich von der Ordnung Hitlers nur ungenügend unterschied, nämlich der Bewegung der äußersten Rechten, die während des deutschschweizerischen Frontismus entstand und deren bedeutendste Organisation die Union nationale in Genf war. Allerdings bestanden gewisse vertrauliche Beziehungen und Vereinbarungen zwischen den Anhängern von Maurras und den welschen Faschisten.

Die antidemokratische Aufwallung hatte in der französischen Schweiz keine lange Dauer. Wie die deutschschweizerischen Fronten war sie nur ein Fieberanfall, verursacht zum Teil durch die ausländischen Einflüsse, zum Teil durch die sozialen Übelstände, die sich in der Wirtschaftskrise verschärften. Noch bevor der Krieg ausbrach und das Vaterland gezwungen wurde, seine Energien zu sammeln und sich in seinen wahren Traditionen wieder zu finden, zerfielen die Bewegungen der äußersten Rechten. In gleicher Weise bildeten sich auch die eine Zeitlang bestehenden totalitären Tendenzen faschistischer und nationalsozialistischer Richtung wieder zurück. In der Westschweiz blieb jedoch ein gewisser, von Maurras hervorgerufener, Antidemokratismus bestehen. Er manifestiert sich kaum, aber er ist in einem Teil der intellektuellen Elite (in einem kleinen Teil allerdings) verbreitet und er ist sicherlich nicht unbeeiligt an dem Mißtrauen, das ein großer Teil der Stimmberechtigten für die Politik, die Politiker und die Parteien empfindet. Die «Ligue vaudoise», die eine nicht unwichtige und bisweilen nützliche Rolle in der kantonalen und gelegentlich sogar in der eidgenössischen Politik spielt, schließt sich dieser Tendenz an.

Abneigung gegen die Politik

Das politische Leben ist diesseits der Saane zweifellos weniger intensiv als in der deutschen Schweiz. Selbst bei den kantonalen Wahlen erreicht die Stimmenthaltung in Genf, im Waadtland und in Neuenburg mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten.

Es gibt hiefür verschiedene Ursachen. Eine von ihnen (die vielleicht auch eine Konsequenz ist), ist in der Struktur der Presse zu sehen. Die Zeitungen mit großen Auflagen, die dank ihrer Verbreitung über reichliche finanzielle Mittel verfügen, bezwecken alle bloße Information, halten sich systematisch von den Parteien fern und lehnen es ab, politische

Meinungen zu äußern. Die Radikalen haben in der Westschweiz nur eine einzige Tageszeitung, die «Nouvelle Revue de Lausanne», deren Auflage gering ist. Auch die Sozialisten verfügen nur über eine Tageszeitung von sehr bescheidener Verbreitung. Sie erscheint in La Chaux-de-Fonds unter einem doppelten Titel: «La Sentinelle» für den Kanton Neuenburg und «Le Peuple» für Lausanne und Genf. Auf diese zwei Tageszeitungen beschränkt sich die Meinungsäußerung der zwei Parteien, welche in der kantonalen Regierung von Neuenburg drei von fünf Sitzen und in den Regierungen der Kantone Waadt und Genf je fünf von sieben Sitzen innehaben!

Die meistgelesenen Zeitungen der Westschweiz lenken somit die Mehrheit der Bürger von der Politik ab, während in der deutschen Schweiz fast alle Tageszeitungen enge Beziehungen mit den Parteien aufrechterhalten haben und aktiv, teilweise mit Schärfe, in die demokratische Diskussion eingreifen.

Eine andere Erscheinung, welche die relative Teilnahmslosigkeit der welschen Schweiz gegenüber der Politik erklärt, mindestens in den Kantonen Genf und Waadt, ist die Verwirrung der äußersten Linken. Ein unglückseliger Mensch, Léon Nicole, hat den westschweizerischen Sozialismus irregeführt und ihn ins sowjetische Kielwasser gebracht. In sehr großer Zahl sind ihm die Militanten gefolgt, haben sich jedoch seit dem Coup von Prag (1948) allmählich überdrüssig von ihm abgewendet, ohne dann aber zum Sozialismus zurückzukehren. Sie vergrößern heute zur Hauptsache die Reihen der politisch Teilnahmslosen. Hier vereinigen sie sich mit den Ehemaligen der äußersten Rechten, die sich seit den dreißiger Jahren den traditionellen Parteien, von denen sie sich getrennt hatten, nicht wieder anschließen wollten.

Schlußfolgerungen

Diese Bemerkungen, so fragmentarisch sie auch sind, werden, hoffe ich, den Lesern der «Schweizer Monatshefte» helfen, gewisse Aspekte des demokratischen Lebens in der welschen Schweiz besser zu verstehen. Mit Absicht habe ich die grundlegenden Fragen, die sich heute der gesamten schweizerischen Demokratie stellen, beiseite gelassen. Die bedeutsamen Studien der Herren Kägi und Huber in diesem Heft werden genügen. Ein Welscher kann sie ohne Zögern unterschreiben.

Das Leben der Demokratie ist nicht leicht. Nur selten findet es seinen Gleichgewichtszustand. Ununterbrochen bedroht durch das Temperament der Menschen und den Fortschritt der technischen Zivilisation, muß es die Frucht eines stets unsicheren Kampfes, eines unaufhörlichen geistigen Ringens sein.

In diesem Ringen hat die welsche Schweiz wertvolle Siege errungen;

sie ist vielen Schwierigkeiten begegnet. Heute scheinen sich die Schwierigkeiten zu vermehren. Aber ist dies nicht überall der Fall? Das Wesentliche liegt darin, jenem Ideal der Freiheit und der menschlichen Würde treu zu bleiben, welches das Genfer Volk im letzten November in so brennender Weise zum Ausdruck brachte, als in einer menschlichen Stille von wunderbarer geistiger Intensität achtzigtausend Personen sich beim Klang der Glocken auf der Place Neuve versammelten, um ihre Überzeugung kundzutun, daß das, was sich in Ungarn ereignet hatte, eine Beleidigung der Menschlichkeit und der Demokratie war.

Bericht aus Bombay

Das demokratische Millionen-Wahlexperiment hat funktioniert

Die Wahlen zum indischen Zentralparlament in Delhi und zu den Abgeordnetenhäusern von 13 Ländern, die am 25. Februar begonnen hatten, waren einen Monat später beendet. Das einwandfreie Ergebnis ist: Nehrus Kongreß-Kabinett bleibt nach ununterbrochener Regierung von beinahe zehn Jahren für weitere fünf am Ruder! Es kann sich auch daran nichts ändern, wenn der nordindische Staat Himachal Pradesh und einige Wahlkreise im Punjab erst Anfang Mai, nach der Schneeschmelze in den Vorbergen des Himalaja, in der Lage sein werden, zu votieren. Die Schätzungen über die Massen der Stimmberechtigten gehen auseinander. Die offizielle Zahl war «etwas über 193 Millionen», jedoch beliefen sich private Kalkulationen auf 200 Millionen. Wie dem auch sei, die Organisation hat glänzend funktioniert und straft jene westlichen Beobachter Lügen, die Indern mangelnde Organisationsfähigkeit vorwerfen. Die Regierung hätte die klassische Formulierung des ersten deutschen Heeresberichts am ersten Tag des ersten Weltkrieges nach der Mobilmachung anwenden können: «Eine Nachfrage wurde nicht gestellt.»

Dieser Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, als es sich in Indien immer noch um durchschnittlich 80% Analphabeten handelt, d. h. daß der überwiegenden Mehrheit des Volkes der Vorgang der Wahl auf mündliche oder visuelle Weise vor und während der Stimmabgabe klar gemacht werden muß. Und so traten sie im ganzen Land in langen Reihen an, kamen zu Fuß wandernd oder mit Ochsenkarren, auf Kamelen und Ponys, zu den Wahllokalen. Millionen von Aborigines (oder Ureinwohner), die z. T. noch mit Pfeil und Bogen auf Tiger und Panther jagen, stiegen aus der Waldeinsamkeit des Bergdschungels in die Täler hinab, um ihrer demokratischen Pflicht als Wähler nachzukommen. Wohl in keinem anderen Lande kann es vorkommen, daß eine Wahl zeitweise unterbrochen werden muß, weil ein «Man-eater» sein Unwesen in der Nachbarschaft treibt oder, weil eine Kobra sich in einem Wahllokal eingenistet hat.

Man kann auf Grund der Ergebnisse feststellen, daß im wesentlichen bei den Wahlen weder die Innenpolitik der Regierung, besonders in bezug auf die Durchführung der Fünfjahrespläne, noch die Außenpolitik eine größere Rolle gespielt hat. In bezug auf die letztere bildet vielleicht die Wahl von Krishna Menon mit überwältigender Mehrheit in der Stadt Bombay eine Ausnahme. Sie ist eine Bestätigung dafür, daß man mit der Einstellung der Regierung zu dem Kaschmirproblem einverstanden war. Das Charak-